

## Putin blockiert Selenskyjs Friedensplan: Was steckt dahinter?

Russland lehnt die ukrainische 30-tägige Waffenruhe ab, während Putin eine kurze Feuerpause für humanitäre Zwecke anordnet.

**Kiew, Ukraine** - Russland hat den ukrainischen Vorschlag für eine 30-tägige Waffenruhe abgelehnt. Laut **Kosmo** erklärte Kremlsprecher Dmitri Peskow, dass vor einer möglichen Einigung „einige Fragen geklärt werden“ müssten. Dies geschieht, während Präsident Wladimir Putin bereits eine dreitägige Feuerpause vom 8. bis 11. Mai angeordnet hat, die aus „humanitären Überlegungen“ erfolgt. Diese Feuerpause fällt mit den russischen Feierlichkeiten zum Weltkriegsgedenken zusammen, einschließlich der traditionellen Siegesparade auf dem Roten Platz.

Peskow bezeichnete die kurzzeitige Waffenruhe als „Geste guten Willens“. Die ukrainische Führung jedoch interpretiert dieses Vorgehen als Täuschungsmanöver. In Reaktion auf die Lage hat Kiew einen Vorschlag für eine längere Kampfpause unterbreitet, den Peskow als unangemessene Antwort zurückwies. Bereits im März hatte Putin Bedingungen für eine längere Waffenruhe formuliert, die unter anderem ein Aussetzen westlicher Waffenlieferungen und die Nicht-Nutzung des Zeitraums zur Umgruppierung der ukrainischen Truppen umfasst.

### Reaktionen der internationalen Gemeinschaft

Die Reaktionen auf die Entwicklungen sind zweigespalten. Die

US-Regierung bezeichnete die angekündigte kurze Feuerpause als unzureichend und fordert stattdessen einen dauerhaften Waffenstillstand. Frankreich und die Europäische Union hingegen unterstützen den ukrainischen Vorschlag für eine 30-tägige, bedingungslose Waffenruhe. Ein vorheriger Versuch einer befristeten Kampfpause während der Osterfeiertage führte zwar zu einer Verringerung der Gefechte, jedoch nicht zu deren vollständiger Beendigung.

Der Ukraine-Konflikt hat darüber hinaus weitreichende geopolitische Auswirkungen. Wie **Das Wissen** erläutert, war die Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1991 Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen Ost und West. Die Annexion der Krim im Jahr 2014 führte zu internationalen Sanktionen gegen Russland und zu einer Verschärfung der Spannungen. Die europäische Sicherheitsarchitektur ist durch den Konflikt stark betroffen, was sich in einer Veränderung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland äußert.

Die EU hat seit 2014 diplomatische Bemühungen unternommen und gleichzeitig Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt. Diese Situation wird durch die unterschiedlichen Positionen der EU-Mitgliedstaaten erschwert, was eine einheitliche Politik gegenüber Russland betrifft. Russland unterstützt zudem Separatisten in der Ostukraine, was als Verletzung des Völkerrechts angesehen wird. Die Zunahme von Cyberangriffen und Desinformationskampagnen bereitet den Staaten ebenfalls Sorgen.

## **Empfehlungen für eine zukünftige Konfliktlösung**

Die langfristige Lösung des Konflikts erfordert laut Experten eine Reihe von Maßnahmen. Dazu zählen die Stärkung diplomatischer Bemühungen durch multilaterale Verhandlungen, die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Friedensprozess, sowie die Unterstützung von Deeskalationsmaßnahmen, wie etwa Truppenabzüge und Waffenstillstände. Zudem wird die

Förderung von Wiederaufbau- und Versöhnungsmaßnahmen zur Stabilisierung der Region als unerlässlich erachtet.

Details	
<b>Ort</b>	Kiew, Ukraine
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.kosmo.at">www.kosmo.at</a></li><li>• <a href="http://das-wissen.de">das-wissen.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**